

II-5989 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3045/1

1988 -12- 0 1

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. HAIDER, Mag. HAUPT, HUBER
an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform
betreffend Unklarheiten in bezug auf die Information des
Kärntner Landeshauptmannes über den Verlauf der Gespräche mit
Slowenenvertretern

In der Beantwortung 2098 AB vom 7. Juli 1988 zur parlamen-
tarischen Anfrage 2182 J erklärt der Herr Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform, daß der Landeshauptmann
von Kärnten im März 1988 schriftlich über das Besprechungser-
gebnis mit den Slowenenvertretern am 17. Februar informiert
worden sei.

Bei diesem Zusammentreffen mit den Slowenenvertretern sei
vereinbart worden, daß beide slowenische Zentralorganisatio-
nen Vertreter für den Volksgruppenbeirat nominieren.
Andererseits werde der Bund für die Errichtung einer
zweisprachigen Handelsakademie in Klagenfurt 2,5 Mio. S zur
Verfügung stellen und die Volksgruppenförderung betreffend
die slowenische Volksgruppe auf 7 Mio. S erhöhen.

Demgegenüber hat nun Landeshauptmann Ambrozy bekräftigt, er
kenne keine derartige Mitteilung und sei nur von Dr. Löschnak
hinsichtlich der Forderung nach einer Handelsakademie
unterrichtet worden.

Angesichts dieser unterschiedlichen Aussagen richten die
unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform die

A n f r a g e :

1. Wie erklären Sie die oben zitierte Feststellung von Landeshauptmann Ambrozy ?
2. Haben Sie die parlamentarische Anfrage diesbezüglich unrichtig beantwortet?

FOIUK

b Mittwoch
9. November 1988

Kärnten wahrt sein Recht in der Volksgruppenfrage!

Während Landeshauptmann Dr. Peter Ambrozy gestern nach der Regierungssitzung mit einer bisher kaum gekannten Nonchalance darauf verzichtete, den Erfolg beim Touris-

muskonzept auf die SPÖ-Fahnen zu heften, trat er umso nachdrücklicher für die Wahrung der Kärntner Rechte bei der Wahrnehmung in Fragen der Volksgruppe ein.

Anlaß zu dieser Bemerkung war die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der FPÖ mit der Erklärung von Kanzleramtsminister Neisser, der Landeshauptmann von Kärnten sei über das Ergebnis der Gespräche mit Vertretern der Slowenenorganisationen informiert worden. Er, Ambrozy, könne keine derartige Mitteilung und sei nur von Minister Dr. Löschnak hinsichtlich der Forderung nach einer Handelsakademie unterrichtet worden. „Ich habe nichts dagegen, daß der Bund mit den Slowenen verhandelt, weil er hierfür zuständig ist, aber bei Entscheidungen will das Land Kärnten eingebunden werden.“ Außerdem liege eine Nachricht vor, daß Bundeskanzler Vranitzky die Slowenenorganisationen aufgefordert habe, die Beiräte zu beschicken. Für diese sind derzeit acht Parteienvertreter sowie ein Vertreter der Kirche vorgesehen. Nuri soll noch ein Vertreter

der KEL hinzukommen, womit sich die Zahl der Parteienvertreter auf sieben reduzieren würde. Darüber müsse noch verhandelt werden, erklärte Ambrozy, der weiters meint, daß nach der Konstituierung der Beiräte „einiges auf der Tagesordnung“ stehen werde.

Ebenso entschieden war eine Erklärung des Landeshauptmannes zur Autobahnumfahrung Klagenfurt. Gemeinsam müsse verlangt werden, daß das Projekt ungeschmälert wie im Rohentwurf geplant und unter Einfluß des Lärmschutzes ausgeführt werde. Offenbar wolle man, so mutmaßt Ambrozy, durch administrative Maßnahmen Verzögerungen herbeiführen. Zu keiner Einigung kam es über den Finanzierungsbeitrag des Landes für die Deponie Höhenbergen. Wenn der Wasserwirtschaftsfonds seinen Beitrag versage, würde sich der Landesanteil von 6,9 auf 10,5 Millionen Schilling erhö-

hen. Die FPÖ wünscht die Überprüfung der Baukosten (derzeit 35 Millionen) sowie eine Kalkulation der Betriebskosten. Der Bund dürfe sich nicht, so LR. Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag, von seiner Verpflichtung verabschieden.

Was das Tourismusgesetz anlangt, so sei es für ihn keine Frage der Erfolgszuweisung an Lhstv. Harald Scheucher oder an ihn, sagte Ambrozy. Es sei eine gemeinsame Angelegenheit zu beloben. Allerdings ist der Landeshauptmann darüber verärgert, daß Scheucher die Personalregelung bisher außer acht gelassen habe. Auf Magdalen eingehend glaubt Ambrozy, daß die Produktionsaufnahme am 27. November, wie angekündigt, erfolgen werde. Er hoffe noch immer auf die Einsicht der beiden anderen Parteien, einer Lösung auf sachlicher Grundlage zuzustimmen.

Beschlossen wurden u.a. die Stel-



Ambrozy: Klarheit über Ministergespräch mit Slowenen. (Eggenberger-Foto)

lenpläne für Berufs-, Haupt- und Sonderschulen. Die Zahl der Lehrer wird geringfügig vermehrt.

Zu keiner Einigung kam es über das Tierschutzgesetz, da Agrarreferent Johann Ramsbacher Einwendungen im Fischereibereich erhob. Verhandlungen werden noch im Landtag geführt werden. Schließlich wurde noch der Rechnungshofbericht über die Gebarung Klagenfurts dem Landtag übermittelt. hs

Wenn das Werk am 27. November tatsächlich seinen Betrieb aufnehme, so werde dazu keine Betriebsgenehmigung vorhanden sein. Es liegen sowohl gegen die Betriebsgenehmigung als auch gegen zwei Änderungsverfahren mit zusätzlichen Auflagen Einsprüche von Anrainern vor. Derzeit befinden sich die Bescheide noch beim Magistrat Villach.

Wird die Produktion im Zellulosewerk wie angekündigt aufgenommen, so sei dies ein „konsensloser Betrieb“. Der Magistrat Villach müßte sofort mit Strafsanktionen reagieren. Eine Einstellung des Betriebes könne nur bei Vorliegen einer Gesundheitsgefährdung erfolgen. Magdalen bleibe eine Hypothek der SPÖ, betonte Scheucher, der sich außerdem verwundert zeigte, daß es dem Werk Obir innerhalb von Tagen gelungen sei, den Schadstoffausstoß so zu drosseln, daß keine Gefährdung der Gesundheit mehr vorliegen solle. Das diesbezügliche amtsärztliche Gutachten ist noch ausständig.

Entschieden sprach sich Scheucher gegen die Zusammenarbeit der Villacher Sparkasse mit der Z-Bank Wien aus. Es müsse eine Kärntner Lösung gefunden werden, weil dies für die regionale Wirtschaft unerlässlich sei. Mit der Kärntner Sparkasse gebe es, so war später zu erfahren, einen Kärntner Interessenten. Scheucher fürchtet,

Farbe bekennen über Magdalen!

Lhstv. Dkfm. Harald Scheucher forderte gestern die Kärntner SPÖ auf, die Namen des oder der Interessenten für Magdalen zu nennen. Sonst müsse man zur Annahme gelangen, daß statt der angekündigten neuen Sachlichkeit nur Schönfärberei betrieben werde.



Scheucher: Das Werk Magdalen bleibt eine Hypothek der SPÖ. (Foto: Eggenberger)

daß die Entscheidungsstrukturen im Fall der Fusion mit der Z-Bank nach Wien verlagert werden. Im Hinblick auf die künftige EG-Entscheidung sei eine starke Bankengruppe im Lande selbst notwendig. Der ÖVP-Parteiboss vermutet hinter der VISPA-Z-Zusammenarbeit politische Überlegungen.

Erfreulich war zu erfahren, daß die Vertragsunterzeichnung für die neue Tourismusgesellschaft am 14. November stattfindet. Unverzüglich wird die Ausschreibung des Managerpostens erfolgen. Scheucher hofft, daß der Manager noch heuer gefunden werde, sodas die neu gegründete Gesellschaft am 1. Februar 1989 ihren Betrieb aufnehmen könne. Sie wird sich bekanntlich mit Marketing und Werbung befassen und die so notwendige Liberalisierung bringen.

Zu dem in Kärnten mit einigem

Unmut registriertem Gespräch zwischen den Kanzleramtsministern Dr. Heinrich Neisser und Dr. Frank Löschnak mit Slowenenvertretern stellte Scheucher fest, daß die bekanntgewordenen Forderungen nach Unterstützung der Kindergärten, erhöhten Förderungsmitteln, Einrichtung einer Handelsakademie und Vermehrung der Hörfunksendungen und einer TV-Sendung für die Volksgruppe erst nach Besichtigung der Beiräte erörtert würden. Auf den Einwand unseres Blattes, daß Dr. Neisser schon mehrfach ohne Kontakt mit der ÖVP Kärnten Entscheidungen, die sich mit der Volksgruppe befassen, getroffen habe, teilte Scheucher mit, daß Dr. Neisser zu einer der nächsten Vorstandssitzungen nach Klagenfurt „gebeten“ werde.

Kritik an der falschen Schulpolitik der SPÖ übte Scheucher mit dem Hinweis, daß der Stellenplan der Berufsschulen Rücksicht auf die rückläufige Schülerzahl nehmen müsse. Es gibt 555 Schüler weniger als im Vorjahr. Andererseits müßten bei den Höheren Technischen Lehranstalten in Klagenfurt und Villach 200 Bewerber aus Platzmangel abgewiesen werden.

Zum Wahltermin befragt, sprach sich der ÖVP-Parteiboss für das Auslaufen der Legislaturperiode aus.

Heinz Stritzl